Rede von Knut Korschewsky 14.09.2011 (Plenarprotokoll 5/063)

Thüringer Ministergesetz beschließen - Ministerpensionen maßvoll gestalten

Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP - Drucksache 5/3246 -

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage hier ausdrücklich auch, sehr geehrte Ministerinnen und Minister an dieser Stelle, denn um Sie geht es vordergründig auch bei dem Ministergesetz, deshalb möchte ich Sie an der Stelle auch mal ein bisschen besonders begrüßen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es geht um die Nachfolger.)

Frau Marx, genau das ist das, was Sie eben gesagt haben, was wir an dieser Stelle kritisieren.

(Heiterkeit im Hause)

Nicht das Parlament verhandelt über den Entwurf eines Ministergesetzes, sondern die Koalitionsfraktionen verhandeln darüber,

(Zwischenruf Abg. Hauboldt, DIE LINKE: Das ist eine Frechheit.)

aber das Parlament müsste hierüber verhandeln und das wird verschleppt und das kritisieren wir an dieser Stelle.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss hier auch deutlich sagen, lieber Kollege Bergner, ich weiß nicht, die Zeit bei der FDP läuft vielleicht ein bisschen anders, aber es sind nicht neun Monate, sondern es sind mittlerweile fast 18 Monate, weil schon im Mai des Jahres 2010 und nicht erst 2011 die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den ersten Entwurf eingebracht hat und,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ich glaube, diese Zeit ist nun wirklich lang, lang, lang dahingeschritten, so dass man hier auch etwas mehr machen könnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, auch unsere Fraktion hat im Mai des Jahres 2010 schon Änderungsvorschläge zum Novellierungsgesetzentwurf eingereicht. Das sind unter anderem schärfere Anrechnungen von Einkommen auf die Pensionsbezüge, weitgehende Offenlegungspflichten bei Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften und auch die Frage der Einführung einer Karenzzeitregelung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich weiß nicht, warum wir noch nicht einmal im Ausschuss über diese Fragen reden und diskutieren können. Warum ist es einmalig in der Geschichte dieses Landtags, dass bei einer schriftlichen Anhörung mehrere Male diese Anhörungsfrist verlängert wird, weil ein Anzuhörender, pikanterweise ein Bundestagsabgeordneter der SPD-Fraktion, seine Anhörung noch nicht abgegeben hat. Ich glaube, das kann doch nicht wahr sein, dass hier diese Fragen so lange hinausgezögert werden und ein Schelm, der

Böses dabei denkt. Da muss man doch davon ausgehen, dass hier etwas verschleiert werden soll, hingezögert werden soll, dass hier Zeiten überbrückt werden sollen, dass hier Dinge einfach verschleiert werden sollen vor der Öffentlichkeit.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will auch ganz deutlich im Namen meiner Fraktion sagen, wenn hier von Kürzungen gesprochen wird bei den Kommunen, wenn von Kürzungen und Einsparungen gesprochen wird, dann kann man es nicht hinnehmen, dass an dieser Stelle weitere Verzögerungen eintreten. Ich habe die Erwartungshaltung, dass dieses Parlament spätestens jetzt - anders ist es ja nicht mehr möglich - im Oktober nun endlich auch zu diesem Gesetzentwurf verhandelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir als LINKE-Fraktion werden den Eindruck nicht los, dass die Koalitionäre bei dem Einbringen des Gesetzentwurfes unter einem verhältnismäßig starken Druck gestanden haben. Ich habe schon im September letzten Jahres, als der Entwurf der Regierung eingebracht wurde, gesagt, ich bin froh, dass nun endgültig die Regierung einen Entwurf einbringt und dass er zusammen verhandelt werden kann mit dem Entwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, denn immer war die Grundlage dafür, dass es noch nicht verhandelt werden konnte, dass die Landesregierung einen eigenen Gesetzentwurf einbringen wollte. Was wir allerdings nicht dabei bedacht hatten, ist, dass dieser wahrscheinlich völlig unausgegorene Entwurf nur ein Vorwand war, aus Sicht der Regierungskoalition hier eingebracht zu werden, nur um weiter zu verhindern, dass der Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN endlich verhandelt wird, denn dieser wäre es wert gewesen, an dieser Stelle verhandelt zu werden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, dass es eine sehr unseriöse und auch unverantwortliche Regierungspolitik ist, offensichtlich nur halbgare und noch mit massiven internen Konflikten behaftete Projekte zur Diskussion zu stellen und dann mit für mich windigen Geschäftsordnungstricks zu versuchen, die Sache noch zu reparieren. Aus unserer Sicht ist das ein weiteres Beispiel dafür, dass diese schwarz-rosa Regierung tatsächlich sehr unprofessionell handelt. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)